



Stellungnahme der Arbeitskammer des Saarlandes und des DGB Rheinland-Pfalz / Saarland zum Entwurf des EFRE-Programms des Saarlandes für die Förderperiode 2021-27 des MWAEV vom 03.12.2021

Generelle Anmerkungen zum Entwurf

Der Entwurf des EFRE-Programms des Saarlandes für die Förderperiode 2021-2027 vom 03.12.2021 stellt eine wesentliche Weiterentwicklung der Vorstellungen der Landesregierung im Vergleich zu den vorangegangenen Vorlagen und Papieren dar. Die für das Saarland spezifischen Probleme in den Bereichen Forschung und Innovation wie auch im Bereich Unternehmensgründungen werden angesprochen und beziffert. Auch die Energieverbrauchssituation des Saarlandes wird konsistent dargelegt und die Herausforderungen der CO₂-Emissionsreduktion, insbesondere vor dem Hintergrund angespannter Kommunalhaushalte, begründet. Damit lassen sich spezifische Bedarfe für das Saarland innerhalb der politischen und Förderziele des EFRE ableiten.

Von zentraler Bedeutung für die Arbeitskammer des Saarlandes und den DGB Rheinland-Pfalz / Saarland, wie bereits in der Stellungnahme der Arbeitskammer von 2020 hervorgehoben, sind Förderung und Beschäftigung für die saarländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dabei fällt auf, dass im vorliegenden Entwurf das Thema „Weiterbildung“ an keiner Stelle Beachtung findet. Der Entwurf besitzt einen unternehmensorientierten Bias, der davon auszugehen scheint, dass die Beschäftigung sich schon einstelle, wenn nur die Innovation gefördert werde.

Zusätzlich ist für die Arbeitskammer und den DGB Rheinland-Pfalz / Saarland das Thema der Qualität der von EFRE geförderten Arbeitsplätze und des Einbezugs der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer gewählten Vertretungen von herausragender Bedeutung. Insbesondere von den vom Programmentwurf ins Zentrum gestellten IKT-Betrieben ist bekannt, dass Arbeitnehmerrechte wenig respektiert und Arbeitnehmervertretungen teilweise sogar unterbunden werden. Die Arbeitskammer und der DGB fordern deshalb die Aufnahme von Kriterien Guter Arbeit als Fördervoraussetzung im neuen EFRE-Programm. Konkret bedeutet dies: Mit europäischen und Landesfördermitteln dürfen keine prekären und ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse geschaffen oder unterstützt werden.



Darüber hinaus muss die Förderung von Forschung und Entwicklung statt einem rein technikzentrierten Ansatz stärker eine ganzheitliche Gestaltung der Transformation von Arbeit und Technik in den Blick nehmen. Die Partizipation der Beschäftigten und

Interessenvertretungen ist dabei eine zentrale Voraussetzung für Innovationen, die am Standort Saarland passieren. Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte sind zentrale Akteure im Innovationsprozess, indem sie dazu beitragen, die Produkte und Prozesse nicht nur ökonomisch effizienter, sondern auch sozialer und ökologischer zu machen und Lösungen für den konkreten Standort suchen.

Das Saarland konzentriert sich, dies ist positiv hervorzuheben, auf vier zentrale Prioritäten innerhalb des EFRE. Es findet damit eine deutliche Fokussierung der Förderpolitik statt. Leider fehlt eine Zuordnung der saarländischen Prioritäten zu den politischen Zielen der EU. Die Begründung der Zuordnung wäre insofern von Interesse, da auch finanziell erhebliche Prioritäten gesetzt werden.

Im Sinne der Transparenz ist anzumerken, dass der vorliegende Entwurf einige Schwächen enthält. So ist die detaillierte Zuordnung der geplanten Mittelzuwendungen anhand von Codes aufgelistet, die im Dokument leider nicht aufgelöst werden. Die geplanten Mittelverwendungen werden den Lesenden in ihren Einzelheiten damit vorenthalten. Eine detaillierte Beurteilung der geplanten Mittelallokation ist damit nicht möglich.

Auch Satz und Layout lassen zu wünschen übrig. Auf eine gut lesbare Schrift wurde verzichtet. Hier sollte künftig auf eine leserfreundlichere Gestaltung geachtet werden.

Auf den Seiten 1 bis 16 könnte die wiederkehrende Formulierung „hat sich in den vergangenen Förderperioden bewährt“ den Eindruck erwecken, dass bestehende Ziele lediglich umetikettiert wurden. Tatsächlich wird jedoch eine gehaltreiche Begründung für die Konzentration auf die nunmehr im Zentrum stehenden Förderziele geliefert. Hier sollte eine redaktionelle Überarbeitung erfolgen.

Bewertung der Förderprioritäten

Insgesamt erhält das Saarland gute 135 Mio. Euro in der neuen Förderperiode 2021 bis 2027. In der vergangenen Förderperiode 2014 bis 2020 waren es 143 Mio. Euro gewesen. Angesichts gesunkener Mittel für die Regionalförderung ist dies ein Betrag, der lediglich eine Kürzung von gut einer Million Euro im Jahr enthält und damit für das Saarland glimpflich ausfällt. Insbesondere wegen des schleppenden Mittelabflusses in der vergangenen Förderperiode hätte man auch mit drastischeren Kürzungen rechnen können. Die EFRE-



Verordnung sieht nun eine nationale Kofinanzierung von 60% für entwickelte Regionen wie das Saarland vor, so dass insgesamt die Mittelbindung für das Saarland sogar steigt. Insgesamt plant das Land eine Kofinanzierung von 203 Mio. Euro ein, wovon lediglich 11,25 Mio. Euro oder 5,5% von privater Seite zu leisten sind. Insgesamt sollen – EU-Mittel, Landesmittel und private Mittel zusammengenommen - gut 338 Mio. Euro bis 2027 im Rahmen der EFRE-Förderung im Saarland zur Verfügung stehen. Das sind durchschnittlich pro Jahr 48,3 Mio. Euro.

Aufgrund der Konzentration der Förderung und der Reduktion der Prioritäten wird der überwiegende Teil der EFRE-Mittel für das Saarland dem politischen Ziel 1 „ein wettbewerbsfähigeres und intelligenteres Europa durch die Förderung eines innovativen und intelligenten wirtschaftlichen Wandels und regionaler IKT-Konnektivität (im Folgenden „PZ 1“)“ zugeordnet. Innerhalb PZ 1 werden die Unterziele „i) Entwicklung und Ausbau der Forschungs- und Innovationskapazitäten und der Einführung fortschrittlicher Technologien“ und „iii) Steigerung des nachhaltigen Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit von KMU sowie Schaffung von Arbeitsplätzen in KMU, unter anderem durch produktive Investitionen“ durch den saarländischen Programmentwurf mit den Prioritäten „Forschung und Innovation“ und „Unterstützung von KMU“ angesprochen.

Insgesamt sollen nach dem vorliegenden Entwurf rund 65% der EFRE-Mittel für die Prioritäten 1 und 2 im PZ 1 ausgegeben werden. Davon entfallen 39% der Gesamtmittel auf Forschung und Innovation und 26% auf die Unterstützung von KMU. Dabei werden wissensintensive Ausgründungen, Start-ups und der CISPA Innovation Campus unter die Unterstützung für KMU eingeordnet. Im Zentrum der Priorität steht dabei das Argument des Marktversagens im Bereich von Forschung und Entwicklung. Die starke Konzentration der Mittel im Bereich der staatlichen Forschung und Innovation wird als Voraussetzung für innovative Entwicklungen und die Stärkung der anwendungsbezogenen Forschung in Erwartung entsprechender Spill Over-Effekte für die saarländische Wirtschaft gesehen. Diese Sichtweise ist vom Standpunkt der Arbeitskammer und des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland begrüßenswert.

Aus Sicht von Arbeitskammer und DGB ist in diesem Bereich dringend geboten, den Innovationsbegriff nicht rein technisch, sondern auch als soziale Innovation zu verstehen. Mit ökologischen und digitalen Transformationsprozessen sind eine Reihe von Auswirkungen z.B. auf die Arbeitsorganisation verbunden. Dem sollte im EFRE OP stärker Rechnung getragen werden, indem die Rolle der Mitbestimmung bei Innovationsprozessen und bei der Standortsicherung deutlich gemacht werden. Entsprechend sollten Förderkriterien verankert werden, die Mitbestimmung und Tarifbindung fördern.



Arbeitskammer des Saarlandes
beraten.bilden.forschen.

Bei der Förderung anwendungsorientierter Forschung müssen Auswirkungen und Anforderungen neuer Technologien für Beschäftigte von Anfang an mitgedacht werden. Betriebsräte und arbeitnehmerorientierte Beratungsorganisationen müssen in entsprechende Projekte eingebunden werden, um Weiterbildungsbedarfe zu erheben und den Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beschäftigungsorientiert zu intensivieren. Zentrales Ziel muss es sein, die Transformation sozial zu gestalten.

Im Politikziel 2 „ein grünerer, CO₂-armer Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft und einem widerstandsfähigen Europa durch die Förderung einer sauberen und fairen Energiewende, von grünen und blauen Investitionen, der Kreislaufwirtschaft, des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel, der Risikoprävention und des Risikomanagements sowie der nachhaltigen städtischen Mobilität (im Folgenden „PZ 2“)" werden mit der saarländischen Priorität „Klimaschutz“ die Unterziele „i) Förderung von Energieeffizienz und Reduzierung von Treibhausgasemissionen“ und „iii) Entwicklung intelligenter Energiesysteme, Netze und Speichersysteme außerhalb des transeuropäischen Energienetzwerks (TEN-E)“ angesprochen. Besonders positiv hervorzuheben ist hier, dass die finanzschwachen saarländischen Kommunen bei der Reduktion von CO₂ verstärkt Unterstützung aus dem EFRE erhalten sollen. Auch die Förderung innovativer lokaler Energiesysteme wird angesprochen. Insgesamt werden für diese Priorität jedoch lediglich 30% der Gesamtmittel oder knapp 102 Mio. Euro für die kommende Förderperiode veranschlagt.

Schließlich wird für das Politikziel 5 „ein bürgernäheres Europa durch die Förderung einer nachhaltigen und integrierten Entwicklung aller Arten von Gebieten und lokalen Initiativen (im Folgenden „PZ 5“)" mit Priorität 4 „integrierte Entwicklung des industriekulturellen Erbes und des Tourismus Saarland plus“ das Unterziel „ii Förderung der integrierten und inklusiven sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen lokalen Entwicklung, der Kultur, des Naturerbes, des nachhaltigen Tourismus und der Sicherheit außerhalb städtischer Gebiete“ aufgegriffen und auf den Ausbau der Völklinger Hütte als touristischer Destination fokussiert. Mit 5% des Gesamtfördervolumens oder rund 17 Mio. Euro ist dies die kleinste Förderlinie des neuen EFRE-Programms für das Saarland. Die intensive Nutzung des Weltkulturerbes Völklinger Hütte für den Tourismus und die weitere Aufwertung des Standortes sind zu begrüßen.



Abschließende Beurteilung des Entwurfs

Die saarländische Landesregierung hat mit der vorliegenden Entwurfsfassung ein kohärentes Förderprogramm für EFRE im Saarland vorgelegt, das zukunftsgerichtet ist, die transformative Herausforderung des Saarlandes angemessen aufgreift und entsprechende finanzielle Gewichte verteilt. Wichtigste Fehlstelle des Entwurfs ist die Berücksichtigung der Qualifizierung, Weiterqualifizierung und Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen geförderter Projekte. Die Arbeitskammer des Saarlandes und der DGB Rheinland-Pfalz / Saarland fordern deshalb alle beteiligten Ministerien und das MWAEEV als Verwaltungsbehörde auf, die EFRE-Förderung an die Einhaltung der Kriterien Guter Arbeit und die freie Entfaltung der betrieblichen Mitbestimmung zu knüpfen sowie die Einbindung der Beschäftigten und ihrer Vertretungen in Innovationsprozesse zu fördern.

Darüber hinaus sollte das MWAEEV die Transparenz der Mittelallokation für die Mitglieder des Begleitausschusses in seinen Dokumenten erhöhen. Zudem wäre es bedeutsam, den Bezug zwischen saarländischen Prioritäten und europäischen Politikzielen klarer zu formulieren. Die zur Verfügung gestellten Dokumente sollten zudem redaktionell so bearbeitet sein, dass Redundanzen und für die Förderung ungünstige Formulierungen vermieden sowie die Lesbarkeit erhöht werden.

Thomas Otto
Hauptgeschäftsführer
Arbeitskammer des Saarlandes

Bettina Altesleben
stellv. Vorsitzende
DGB Rheinland-Pfalz / Saarland